

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Deutscher Osten (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelheft 1.20 M., 10 Hefte 12.00 M., 3 Monate 36.00 M., 6 Monate 68.00 M., 1 Jahr 120.00 M. (Postzusatz 1.00 M.)
Abonnementpreis: Einzelheft 1.20 M., 10 Hefte 12.00 M., 3 Monate 36.00 M., 6 Monate 68.00 M., 1 Jahr 120.00 M. (Postzusatz 1.00 M.)
Anzeigenpreis: 1. Spalte 1.00 M., 2. Spalte 0.80 M., 3. Spalte 0.60 M. pro Zeile pro Tag. Mehrspaltenrabatt.

Dienstag, 18. Juli 1922

Verlagspreis: Einzelheft 1.20 M., 10 Hefte 12.00 M., 3 Monate 36.00 M., 6 Monate 68.00 M., 1 Jahr 120.00 M. (Postzusatz 1.00 M.)
Abonnementpreis: Einzelheft 1.20 M., 10 Hefte 12.00 M., 3 Monate 36.00 M., 6 Monate 68.00 M., 1 Jahr 120.00 M. (Postzusatz 1.00 M.)
Anzeigenpreis: 1. Spalte 1.00 M., 2. Spalte 0.80 M., 3. Spalte 0.60 M. pro Zeile pro Tag. Mehrspaltenrabatt.

Krise der Koalitionspolitik.

Die Arbeitermassen fordern von den Führern eine Arbeiterregierung.

Der 4. August der USPD.

Ebert ist wieder da, und hat die Schlichtung der Regierungskrise in die Hand genommen. Kein Zweifel mehr: er ist am Ziel seiner Wünsche angelangt. Die Reichstagsauflösung ist vermieden, die Annahme des realen Schutzes so gut wie gesichert. Es wird wohl noch um die Ministerfessel verhandelt. Aber nachdem die unabhängige Reichstagsfraktion beschlossen hat, dem Ministerposten zutriebe praktisch in der sozialdemokratischen Fraktion anzugehen, hat die Frage der Regierungserweiterung für die Bourgeoisie ihre Schrecken verloren. Sie weiß jetzt, daß sie den Sozialdemokraten beider Färbung alles bieten kann. Sie ist nicht abgeneigt, Hilferding ins Kabinett zurück eintreten zu lassen, als Fachminister „der den Unabhängigen nahesteht“. Dafür bestehen sie aber auch auf der Aufnahme eines anderen Fachministers, der der Volkspartei nahesteht.

Die Bildung der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft beantwortet die bürgerlichen Fraktionen, indem sie sich ihrerseits enger zusammenschließen, wobei nur die heuschreckenhafte Fraktion der Form halber draußen bleibt. Die bürgerlichen Parteien geben den Sozialdemokraten zu verstehen, daß die Koalition zukünftig nur noch möglich ist als Große Koalition, die alle Kräfte der Bourgeoisie und deren, die ihrer Politik sich unterwerfen, zusammenschließt. Die Aufrichtung der Großen Koalition ist nur noch eine Frage von Tagen wenn nicht Stunden.

Wie sieht es aber im Reiche aus? Der Zusammenschluß der sozialdemokratischen Fraktionen, die Kapitulation der USPD-Führer in der Frage der Koalitionspolitik vollziehen sich in dem Augenblick, wo eine ungeheure Erregung gegen die monarchistische Reaktion und die gesamte Bourgeoisie, die sich offen mit ihr solidarisiert, durch die Arbeiterschaft geht. Überall haben sich die Arbeiter zum gemeinsamen Kampf um die gemeinsam von den Spitzenorganisationen aufgestellten Forderungen zusammengeschlossen. Den Einigungswillen der Arbeiter versuchen die sozialdemokratischen Führer, wie schon früher, in den Willen zur Einigung mit der Bourgeoisie umzubiegen. Aber das will nicht mehr gelingen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft faßt die Dinge anders auf. Sie würde die Einigung der sozialdemokratischen Parteien mit Jubel begrüßen, wäre sie eine Kampfmaßnahme, gegen die Bourgeoisie. Aber in Verbindung mit der Preisgabe der aufgestellten Mindestforderungen, in Verbindung mit der Verfälschung des Befehls zum Schutze der Republik in ein Sozialistengesetz in Verbindung mit dem Ausschluß der Kommunisten aus der Aktionsgemeinschaft kann hieron nicht die Rede sein. Und so fällt der Widerhall des von Berlin aus in Szene gesetzten Einigungsrinnels aus der Provinz ganz eigenartig aus. So schreibt das unabhängige Frankfurter „Volkrecht“ über die sozialdemokratische Reichstagsfraktion:

„Daß sie jedem Kampf um wirkliche Sicherungen gegenüber der Reaktion andäwischen will, daß die Vermutung sehr nahe liegt, daß die Leitung der SPD. diese „Arbeitsgemeinschaft“ gerade erstrebte, um nichts tun zu müssen.“

Die rechtssozialistische „Volkzeitung“ fordert: „Eine Beteiligung der Sozialisten an der Reichsregierung ohne restlose Säuberung der Reichswehr von Monarchisten und ohne Erfassung der Sachverhalte.“

Das unabhängige Blatt hat den reaktionären Charakter der Bildung der Arbeitsgemeinschaft vollkommen klar durchschaut. Das rechtssozialistische Blatt, das naturgemäß eine weniger scharfe Sprache führt, läßt klar erkennen, daß ihm eine Arbeitsgemeinschaft nur dann etwas wert ist, wenn sie sich gegen die Bourgeoisie richtet.

Das Düsseldorfener USPD-Blatt, die „Volkzeitung“, beschäftigt sich mit der Einigungsfrage in folgenden Ausführungen:

„Wie sehr wir die Annäherung der sozialistischen Parteien begrüßen und ein gemeinsames Arbeiten besonders in der jetzigen Zeit für notwendig halten, so müssen wir doch festhalten, daß eine dauernde Einigung des Proletariats nur auf dem Boden eines gemeinsamen grundsätzlichen sozialistischen Kampfbodens und Klassenkampfes möglich ist. Dieser ist aber nicht vorhanden. Sind wir auf dem Weg zu diesem Ziel, dann freut uns das sehr. Diesen Weg werden wir erst eine Strecke weit probieren müssen, bis von organisatorischer Verschmelzung sozialistischer Parteien geredet werden kann. Deshalb halten wir Betrachtungen in dem Sinne, wie sie hier und da angeführt werden, für verfehlt.“

In dem Telegramm, das sie über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft erhalten hat, hebt die „Volkzeitung“ den Satz hervor, in dem es heißt, es bestehe jederzeit die Möglichkeit, die Arbeitsgemeinschaft zu lösen, wenn sie ihren Zweck nicht erfüllt. Daß das unabhängige Blatt einen anderen Zweck im Sinn hat, wie die Scheidemann, Ebert, Hilferding und Breitscheid, liegt auf der Hand.

Nicht ganz ablehnend, aber skeptisch äußern sich andere unabhängige Blätter, während das führende rechte Organ der Unabhängigen, die „Leipziger Volkszeitung“, den Zusammenschluß der beiden Fraktionen als einheitlichen Faktor des Kampfes und Ansturmes gegen die gesamten bürgerlichen Parteien des Reichstages hinstellt. Daß daselbst Blatt, das den Koalitionsbeschluss der USPD. scharf gefordert und mit Jubel begrüßt hat, heute in sehr gedämpftem Ton über die Arbeitsgemeinschaft spricht, zeigt am besten, was die Stunde bei den unabhängigen Arbeitern geschlagen hat.

Die SPD. und USPD.-Arbeiter haben es in der Hand, zu verhindern, daß die Kapitulation ihrer Führer die Kapitulation der Arbeiterschaft nach sich zieht. Sie können und müssen ihre Fraktionen zwingen, das elende Schutzesgesetz abzulehnen, dadurch die Reichstagsauflösung herbeizuführen und die ganze Kampffront anzukerkeln. Sie können und müssen die Aufrichtung der Großen Koalition, die die Legalisierung der Konterrevolution und eine ungeheure Gefährdung der Arbeiterschaft bedeutet, unmöglich machen.

Das Schicksal des Proletariats liegt in seiner eigenen Hand.

Frei Ebert tief — und Rudolph Hilferding kam. Die arbeitenden Massen standen auf, um die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Spitzen zur Durchführung des Berliner Abkommens und der Arbeiterregierung zu zwingen. Die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Spitzen ließen zur Sinnlosigkeit, um das Truggesetz gegen das Proletariat mitzumachen und die große Koalition zu erschleichen.

Wieder einmal ist Rudolph Hilferding der Nothelfer der Bourgeoisie, wie er es seit dem ersten Tage der Revolution stets gewesen ist, wenn das Bürgerium von den geschlossenen sich auslehenden Arbeitermassen bedroht war.

Am Mittwoch beschlossen die gewerkschaftlichen Spitzenkörper, beschlossen die beiden sozialdemokratischen Parteivorstände noch einmal feierlich: nur die Erweiterung der Koalition nach links kann den Schutz der Republik, die Grundrechte des Proletariats sichern. Feierlich bekräftigt die Reichstagsfraktion der SPD.: eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ist unannehmbar. Heute ist die große Koalition von Crispian bis Stinnes da. Der unabhängige „Fachminister“ Rudolph Hilferding und der volksparteiliche Fachminister v. Kaumer werden unter dem Segen der beiden sozialdemokratischen Parteien und der Volkspartei Minister im Reichskabinett.

Der Eintritt der USPD. in die Koalitionsregierung — so verteidigten die koalitionslästernden USPD-Blätter den Beschluss ihrer Reichskonferenz — bewirkt eine Verschärfung der Klassengegensätze. Die Veröhnung mit Stinnes ist ihr notwendiges, ihr wirkliches politisches Resultat. Die lebendige Bewegung der Massen, die Aktionsausschüsse, die Kampforganisationen der drei Parteien und der Gewerkschaften in Thüringen, Rheinland und in Sachsen mit dem Ziel, die Klassenfront des Proletariats gegen die Bourgeoisie zu verwickeln, die zu stützen und über ganz Deutschland auszubehnen die Pflicht einer wahrhaft revolutionären Partei gewesen wäre, werden zertritten. Ebert braucht sich nicht mehr zu bemühen; er hat mit zäher Ausdauer seine Absichten erreicht. Was die SPD. stets gewollt, aber nie gewagt hat, ist mit Hilfe der USPD.-Zynischen Tatsache geworden: der Burgfrieden mit Stinnes. Die kapitalistische Erfüllungspolitik der Breitscheid und Hilferding, ihr Burgfrieden mit dem Entente-Imperialismus findet ihren logischen Schlüsselpunkt im Kabinett Kaumer-Hilferding.

Die USPD. hat ihren 4. August erlebt. Auf der Strecke liegen das Leipziger Aktionsprogramm mit dem Bekenntnis zum rückwärtsigen Klassenkampf und der Diktatur des Proletariats, liegt das Berliner Abkommen, liegen Einheitsfront und Arbeiterregierung. Statt der von den Massen gewünschten und gewollten Einheit des Kampfes gegen die Bourgeoisie erlebt das Proletariat die Verhöhnung der sozialdemokratischen Führer beider Richtungen über ihren Pakt mit der Bourgeoisie und gegen das Proletariat. Der Preis ist ein Ministerfessel für Hilferding und Kaumer. Und selbst dieses Ziel der erweiterten Koalition wurde nicht erreicht, es wurde von der Bourgeoisie erschlichen durch das parlamentarische Taschenspielerkunststück der Arbeitsgemeinschaft, durch die Erklärung der USPD., daß sie parlamentarisch aufgehört habe, eine selbständige Partei zu sein.

Über zwei Jahre brachte die alte Partei, von dem Schwere im Kaiserpalast bis zur Unterwerfung unter Wilhelm's Kärassierfessel. Knapp drei Wochen genügten den USPD.-Instanzen, um die Kampffront des Proletariats zu zerbrechen, um die Unterwerfung unter das Berliner Abkommen zu verleugnen, um vor Stinnes, Ebert und Stämpfer zu kapitulieren.

Stand das Proletariat nach dem Rapp-Putsch und dem Erzbergermord mit leeren Händen da, so läßt die stärkste Bewegung, die es seit der Revolution in allen seinen Tiefen gepackt hat, es zerschunden zurück. Das Sozialistengesetz, das mit Duldung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Spitzen Bayern bereits praktiziert, die Preisgabe des Achtstundentages, Willkür von neuen Steuern, sind die Mittel, die die Bourgeoisie noch einmal zu ihrer Rettung unter Hilferding's Führung anwenden wird. Mit diesem Preis zahlen die Sozialdemokraten um Stämpfer und bei der Zerstückung der Klassenfront und die „Einigung“ der Parteien.

Rudendorff weiß Bescheid.

„Die Arbeiter sind Kommunisten.“
Der Generalquartiermeister v. D. und Rapp-Berbrecher Rudendorff verdient sich seit einiger Zeit seinen Lebensunterhalt in englischen Pfund, indem er im „Daily Express“ der englischen Bourgeoisie die Wesentlichkeit des Bolschewismus in Deutschland und Rußland klar macht und sich ihr als Gegenpart der russischen Revolution und die künftige deutsche Revolution anbietet. Diefem Zwecke versteht es Rudendorff, alle politischen Wegeabheiten dienstbar zu machen. Ueber den Rathesamtwerb hat er dem „Daily Express“ ein Interdikt gegeben, daß dieses unter der Überschrift „Kommunisten die wirklichen Arbeiter“ abdruckt und indem er sagt:
„Die Erklärung der Ermordung Dr. Rathenau's liegt in der Tatsache, daß die Ermordung deutscher Minister vor mehr als einem Jahre von kommunistischen Organisationen beschlossen worden ist. In europäischen politischen Kreisen gibt es keine Ab-derorganisationen.“
Die „Leipziger Zeitung“ schreibt dazu: „Die Organisation v. D. ist offenbar eine kommunistische Organisation, die mit kommunistischen Kapitalisten finanziert wird. Die Herren Schulz und Rathenau sind nur irtümlich nach Horitz-Lungen geschickelt. Während sie eigentlich zu ihren Wohnorten zurückkehren wollten, und die Rathenau und Schulz sicher nicht, wie man bisher annahm, rechtsradikaler Soldaten- und Jugendführer nahe, sondern dem Kreise von Rapp etc.“

Man weiß nicht, was bei dem Abgott der Monarchisten größer ist: die Schamlosigkeit, mit der er seine eigenen Gesinnungsgründe verleugnet, oder die Dreistigkeit, mit der er auf die Unwissenheit seines durch die kapitalistische Sensationspresse verbummten englischen Publikums spezialisiert.

Drohungen der Bourgeoisie.

Die „Kölnische Zeitung“ vom 14. Juli verlangt eine kühnere Korrespondenz aus Weimar über das „sozialistische Zerschlagen“, das unter der Fuchtel der Kommunisten liegt. Der Einfluss der Kommunisten in Thüringen ist dem Stinnesblatt ein Dorn im Auge. „Für die schönen Augen der Kommunisten“ sei Thüringen dem Reiche wieder vorangegangen. Jede Forderung war abzugeben, sogar das Schutzesgesetz in Weimar muß ohne Preisfrieren (!) abgefallen werden.“ Die Korrespondenz schließt drohend:
„Aus den Gerichten, die in Berlin verurteilen, sollte heute vor der Ausrichtung der Räterepublik, in kein Wort wahr. Wolke liegt in Kilometer vom Truppenübungsplatz Ohrdruf entfernt, wo augenblicklich bayerische Wehrübungen abhält. Da wird keine Räterepublik ausbrechen. Man hat's in Thüringen auch nicht nötig.“
Die Thüringer Kontrollkommission faßt die Bourgeoisie munter flüchtig. Sie lehnt darauf, die Reichswehr auf die Arbeiter loszulassen. Sie wird es nicht wagen, solange die Arbeiter die Kampffront und einig sind.“

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

In der Tat ist der Beschluß von größter, von schwerer Bedeutung...
Schwer und verhängnisvoll nicht für die Kommunistische Partei...
In der Tat ist der Beschluß von größter, von schwerer Bedeutung...

Aber umso größer diese Gefahr, umso größer, umso gewaltiger ist die Aufgabe...
In ihre Hand ist das Erbe des Sozialismus gelegt...
Aber umso größer diese Gefahr, umso größer, umso gewaltiger ist die Aufgabe...

Wie einst das Häuflein des Spartakusbundes, so ist heute die Kommunistische Massenpartei die Retterin des Sozialismus.

Unzulängliches Beamtengesetz zum „Schutz der Republik“

Reichstagsberatung vom 15. Juli 1922.
Das Schicksal einiger wichtiger Vorlagen, worunter sich eine für die Armenfürsorge befindet, wird in die zweite Lesung der Gesetzgebung über die Pflichten eines Beamten zum Schutz der Republik eingetragene. Der designierte Abgeordnete...
Das Schicksal einiger wichtiger Vorlagen, worunter sich eine für die Armenfürsorge befindet, wird in die zweite Lesung der Gesetzgebung über die Pflichten eines Beamten zum Schutz der Republik eingetragene.

Stahlhelm - G. u. L. G.

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Abkündigung des Schutzes!

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Ein mißglücktes Attentat auf Millerand.

Einer Fabrik-Redung zufolge wurde auf den Präsidenten Millerand ein Attentat verübt...
Der Angreifer feuerte drei Revolverkugeln ab...
Ein mißglücktes Attentat auf Millerand.

„Republikanische“ Justiz.

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Reichstagsberatung vom 15. Juli 1922.

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Reichstagsberatung vom 15. Juli 1922.

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Reichstagsberatung vom 15. Juli 1922.

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Schlesische Hundschau.

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Der Schutz der Republik in Waldenburg.

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Gewerkschafts-Bewegung.

Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...
Die Arbeit ist ein großer Gewinn...

Verfahren. Das Exekutiv in Berlin.

Das Exekutiv in Berlin ist ein Organ, das die Ausführung der Beschlüsse des Reichstages und der Landesparlamente sicherstellt. Es besteht aus verschiedenen Ausschüssen und Kommissionen, die für die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten zuständig sind. Die Arbeit des Exekutivs ist durch eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen geregelt, die die Verantwortlichkeiten und die Zusammenarbeit der verschiedenen Organe festlegen. In der Praxis ist das Exekutiv ein zentraler Akteur in der politischen und administrativen Landschaft Berlins.

Zur Frage der Mietzahlungen.
Zu Handbestimmungen wird vielfach angenommen, dass der Hundertprozentige Mietszuschlag für Wohnräume, der in der Bekanntmachung des Magistrats vom 24. März d. J. (Breslauer Gemeindeblatt Nr. 15 vom 28. März) festgesetzt worden ist, unter allen Umständen jetzt zu entscheiden ist. Das trifft zu, inwiefern die Form nicht zu. Vielmehr haben die Mieter den hundertprozentigen Zuschlag nur dann zu zahlen:
1. wenn der Hausbesitzer diese Zahlung rechtzeitig, d. h. spätestens am 31. März d. J. gefordert hat und die Mieter sich ausdrücklich damit einverstanden erklärt haben oder
2. wenn der Hausbesitzer bis zum 31. März d. J. die Genehmigung zur Kündigung bewirkt hat und durch Beschluss des Mieteinigungsamtes die Zahlung des erhöhten Mietszuschlages von 100 Prozent vom 1. Juli d. J. ab festgesetzt worden ist.
Die Mitteilung, die der Hausbesitzer hinsichtlich der Zahlung des Mietszuschlages gemäß dem Reichsmietengesetz an die Mieter gelangen lässt, hat nicht die Wirkung, dass die demnach vom Magistrat festzusetzenden neuen Mietszuschläge bereits vom 1. Juli ab zu zahlen sind. Sie gelten vielmehr:
a) bei monatlicher Kündigung vom 1. August 1922,
b) bei vierteljährlicher oder noch längerer Kündigungsfrist vom 1. Oktober 1922 ab.
Dagegen ist richtig, dass, soweit eine solche Mitteilung des Hausbesitzers erfolgt ist, auch alle weiteren, d. h. länger als ein Vierteljahr laufende Mietverträge unterbrochen werden.

Berichtigung. Zu der in Nr. 153 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichten Notiz „Die Bach- und Schließgesellschaft als bewaffnete geheime Macht der Reaktion?“ erhalten wir folgende Berichtigung:
In der Nr. 153 Ihrer Zeitung bringen Sie im Falle der Ueberschrift „Die Bach- und Schließgesellschaft als bewaffnete geheime Macht der Reaktion?“ einen Artikel, welcher geeignet ist, unser Unternehmen, welches sich als „Bachgesellschaft für Schlesien“ firmiert und auf welches die in Ihrem Artikel angeführten Vorwürfe Bezug haben dürften. Mit diesem Unternehmen haben wir jedoch nichts gemein und müssen jede Verbindung mit demselben auf das Entschiedenste ablehnen.
Die Breslauer Bach- und Schließgesellschaft besteht seit 20 Jahren und hat sich während dieser Zeit niemals nach irgend einer Richtung hin auf das politische Gebiet begeben.
Wir haben keine Bekanntschaft, dem Unternehmen der Bach- und Schließgesellschaft irgendwie zu schaden und geben deshalb dieser Berichtigung bereitwillig Raum.

Zur Belehrung der Haus- und Geschäftsbetriebe ist
Handelsbescheinigung erforderlich. Nach der Verordnung vom 24. 6. 1918 muss jeder Handelstreibende, welcher Lebens- und Futtermittel an Wiederverkäufer abgeben will, im Besitze einer besonderen Bescheinigung sein. Diese Bescheinigung unterliegen nicht Kleinhandelsbetriebe, in denen Lebens- und Futtermittel nur unmittelbar an Verbraucher abgesetzt werden. Als Verbraucher gilt nach einem Rechtsgrundsatz aber nur derjenige, welcher eine Ware durch Verbrauch für sich oder im eigenen Haushalt bezieht. Der Verkauf von Waren an Gast- und Schenkwirtschaften und gewerbliche Betriebe zwecks Abgabe in deren Wirtschaftsbetrieben ist deshalb als Verkauf unmittelbar an Verbraucher nicht anzusehen, vielmehr gilt der betreffende Gastwirt in diesem Falle, wie wiederholt gerichtlich bestätigt, als Wiederverkäufer. Dieser Verstoß, wozu unter auch Wäcker und Fleischer fallen, müssen demgemäß die vorgeschriebene Handelsbescheinigung haben und machen sich strafbar, wenn sie ohne solche Bescheinigung an die genannten Betriebe abgeben.

Die städtische Beschäftigte Nr. 2, Wallstraße 2, II vom 16. Juli bis 13. August 1922 geschlossen.
Anbetenzeit wichtige Besche. Am Sonntag abend wurde mit Datum in Karlsruhe nach den Bescheidungen die Besche einer unbekanntem beruflichen Person mit Namen Haarer, etwa 1,65 Meter groß, dorgelesen. Sie trug eine sehr schmale Kasse, blaue, mit hellen Punkten besetzte, gestülpte Hose, war sehr schlank und sehr schlank. Die Besche ist in das Expeditions-Büro gebracht worden. Wie die Person zu Tage gekommen ist, konnte bisher nicht festgestellt werden.

Wahltag.
Am 11. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung der SPD, die gut besucht war. Die Tagesordnung umfasste: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr. Die Versammlung wurde von einem Vorsteher geleitet, der einen ausführlichen Bericht über die Arbeit der Partei im letzten Jahr erstattete. Er hob die Erfolge der Partei hervor, insbesondere die Zunahme der Mitgliederzahl und die erfolgreiche Durchführung von Demonstrationen und Wahlkämpfen. Er erwähnte auch die Schwierigkeiten, denen die Partei gegenüberstehe, wie die wirtschaftliche Krise und die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die Regierung. Die Versammlung beschloss, die Arbeit der Partei für das nächste Jahr zu intensivieren und die Zusammenarbeit mit anderen Arbeiterorganisationen zu fördern.

Wahltag.
Am 11. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung der SPD, die gut besucht war. Die Tagesordnung umfasste: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr. Die Versammlung wurde von einem Vorsteher geleitet, der einen ausführlichen Bericht über die Arbeit der Partei im letzten Jahr erstattete. Er hob die Erfolge der Partei hervor, insbesondere die Zunahme der Mitgliederzahl und die erfolgreiche Durchführung von Demonstrationen und Wahlkämpfen. Er erwähnte auch die Schwierigkeiten, denen die Partei gegenüberstehe, wie die wirtschaftliche Krise und die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die Regierung. Die Versammlung beschloss, die Arbeit der Partei für das nächste Jahr zu intensivieren und die Zusammenarbeit mit anderen Arbeiterorganisationen zu fördern.

Landeshut.
Wem man den Widerstand Deutschlands nicht überlassen will, Herr Hanter, christlicher Gewerkschaftsführer, weiß es. Die Kommunisten sind es nach seiner Überzeugung nicht. Da zum Widerstand auch die Sicherung der Republik erforderlich ist und diese Sicherung von den Kommunisten angestrebt wird, so ist Hanter nicht mit dabei, weil dies ein Programm der linken verhassten Kommunisten ist. Aus diesem Grunde forderte er die Mitglieder der christlichen Organisationen auf, bei Demonstrationen am 4. Juli fern zu bleiben. Um zu sehen, wieviel diese Parole befolgt wurde, siehe sich der verkappte Monarchist in das Gasthaus zur „Forelle“. War schon vorher die Aufregung unter der Arbeiter-Revolution nicht klein, so steig die Aufregung um so mehr, als Herr Hanter nicht für nötig hielt, dass für die Sicherung der Republik eine Stunde gestrichelt wird. Das ist der Sachverhalt, den Herr Hanter wohlweislich in seiner im „Landshuter Stadtblatt“ veröffentlichten Erklärung unterlässt. Dafür schwindelt er, dass gegen hundert Personen eingekerkert worden und ihn verhaftet wollten, darunter auch der kommunistische Schütz-Deputierter. Wohl fanden vor dem Gasthause größere Trupps. In der Gasthause, in der Hanter saß und zu der fieberhaften Zutritt hatte, denn irgend ein Besorger des Zutritts war weder mündlich noch schriftlich gegeben worden, haben nicht ein Viertel festlich Platz. Es mögen etwa 8 bis 10 Personen anwesend gewesen sein. Genosse Scholz stellte ihn zur Rede, wie er dazu komme, sich gegen die Sicherung der Republik zu stellen und sagte ihm, er sei kein Republikaner. Worauf er meinte, auch er sei Republikaner (?), aber für die Sicherung der Republik kann nach Feierabend beantwortet werden. Darauf wurde ihm erwidert: „Ja, auch im Schlaf! Sie sind ein schöner Republikaner“. Nicht weniger Ruhe ist es anzusehen, dass es zu keiner Festigkeit gekommen ist, sondern die Arbeiter sagten sich: „da man verzeihen will auch nicht, das ist ja so gerecht.“

Langenbielau.
Aufführung Hauptmannscher Dramen. Wie werden um Aufnahme folgender Zellen gebeten: Zur Führung des schlesischen Theaters 60 Jahre alt wird, finden bekanntlich vom 11. bis 20. August in Breslau in der Jahrhunderthalle, im Stadt- und Bobtheater Aufführungen von 13 verschiedenen Werken Hauptmanns statt. Die besten Schauspieler und Theaterleute Deutschlands werden in den Städten mit, so dass erstklassige Leistungen heranzukommen werden. Die Arbeit der breiten Masse der Arbeiterklasse, der gerade auch Herr Hauptmann viel zu geben hat — man denke nur an die empfindlichen Szenen der „Weber“ — von jenen Leistungen der Theaterkunst nicht viel wohl profitieren können, haben die freien Gewerkschaften ihren Mitglieder zur Sicherung des Besuchs der Vorführungen beschlossen (am 15. 25 und 30. 8. J.) und Aufnahmestellen für sich festgelegt. In den einzelnen Orten müssen sich mit ihren Ortsgruppen in Verbindung setzen, woher dann gemeinsamer etwas beschlossener Besuch der Aufführungen möglich wäre. Zur Ausführung gelangen u. a. in der Jahrhunderthalle „Die Weber“ und das Schauspiel „Draus aus dem heiligen Demetrius“, Florian Geyer“, im Stadt- und Bobtheater die gewerkschaftliche Dramen „Geld und Gut“, die Komödie aus dem schlesischen Leben „Jakob und Janssen“, „Die Weber“, das epische Drama „Jakob und Janssen“, die Komödie „Geld und Gut“, das Schauspiel „Draus aus dem heiligen Demetrius“, die Komödie „Geld und Gut“, das Schauspiel „Draus aus dem heiligen Demetrius“, die Komödie „Geld und Gut“, das Schauspiel „Draus aus dem heiligen Demetrius“.

Produktionsgenossenschaft für die Provinz
Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. • Abteilung Buchhandlung.
Wir bitten die unsere Mitglieder von den letzten Beschlüssen der Produktionsgenossenschaft in Kenntnis zu setzen, nach dem:
Brüchieren und sonstige Buchhandlungsbetriebe
sowie der Vertriebsstellen, die gegen Einstellung der Bestellung nur noch gegen ihr, Buchhandlung oder Vertriebsstelle des Bestrages
gegessen werden können. In anderen Fällen nur kann von einem Beschlüsse gesprochen werden, aber auch nur dann, wenn die Zeitung nach Ablauf einer Woche erfolgt.
Wir bitten alle Mitglieder, unsere wichtige Lage zu berücksichtigen und nach Möglichkeit dem Besten nach zu helfen. Es geht um die Existenz der Produktionsgenossenschaft in der nächsten Tage, die wir bitten zu unterstützen.

Wahltag.
Am 11. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung der SPD, die gut besucht war. Die Tagesordnung umfasste: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr. Die Versammlung wurde von einem Vorsteher geleitet, der einen ausführlichen Bericht über die Arbeit der Partei im letzten Jahr erstattete. Er hob die Erfolge der Partei hervor, insbesondere die Zunahme der Mitgliederzahl und die erfolgreiche Durchführung von Demonstrationen und Wahlkämpfen. Er erwähnte auch die Schwierigkeiten, denen die Partei gegenüberstehe, wie die wirtschaftliche Krise und die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die Regierung. Die Versammlung beschloss, die Arbeit der Partei für das nächste Jahr zu intensivieren und die Zusammenarbeit mit anderen Arbeiterorganisationen zu fördern.

Wahltag.
Am 11. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung der SPD, die gut besucht war. Die Tagesordnung umfasste: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr. Die Versammlung wurde von einem Vorsteher geleitet, der einen ausführlichen Bericht über die Arbeit der Partei im letzten Jahr erstattete. Er hob die Erfolge der Partei hervor, insbesondere die Zunahme der Mitgliederzahl und die erfolgreiche Durchführung von Demonstrationen und Wahlkämpfen. Er erwähnte auch die Schwierigkeiten, denen die Partei gegenüberstehe, wie die wirtschaftliche Krise und die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die Regierung. Die Versammlung beschloss, die Arbeit der Partei für das nächste Jahr zu intensivieren und die Zusammenarbeit mit anderen Arbeiterorganisationen zu fördern.

Wahltag.
Am 11. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung der SPD, die gut besucht war. Die Tagesordnung umfasste: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr. Die Versammlung wurde von einem Vorsteher geleitet, der einen ausführlichen Bericht über die Arbeit der Partei im letzten Jahr erstattete. Er hob die Erfolge der Partei hervor, insbesondere die Zunahme der Mitgliederzahl und die erfolgreiche Durchführung von Demonstrationen und Wahlkämpfen. Er erwähnte auch die Schwierigkeiten, denen die Partei gegenüberstehe, wie die wirtschaftliche Krise und die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die Regierung. Die Versammlung beschloss, die Arbeit der Partei für das nächste Jahr zu intensivieren und die Zusammenarbeit mit anderen Arbeiterorganisationen zu fördern.

Wahltag.
Am 11. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung der SPD, die gut besucht war. Die Tagesordnung umfasste: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr. Die Versammlung wurde von einem Vorsteher geleitet, der einen ausführlichen Bericht über die Arbeit der Partei im letzten Jahr erstattete. Er hob die Erfolge der Partei hervor, insbesondere die Zunahme der Mitgliederzahl und die erfolgreiche Durchführung von Demonstrationen und Wahlkämpfen. Er erwähnte auch die Schwierigkeiten, denen die Partei gegenüberstehe, wie die wirtschaftliche Krise und die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die Regierung. Die Versammlung beschloss, die Arbeit der Partei für das nächste Jahr zu intensivieren und die Zusammenarbeit mit anderen Arbeiterorganisationen zu fördern.

Wahltag.
Am 11. Juli fand hier eine Mitgliederversammlung der SPD, die gut besucht war. Die Tagesordnung umfasste: 1. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 2. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr, 3. Bericht über die Tätigkeit der Partei im letzten Jahr. Die Versammlung wurde von einem Vorsteher geleitet, der einen ausführlichen Bericht über die Arbeit der Partei im letzten Jahr erstattete. Er hob die Erfolge der Partei hervor, insbesondere die Zunahme der Mitgliederzahl und die erfolgreiche Durchführung von Demonstrationen und Wahlkämpfen. Er erwähnte auch die Schwierigkeiten, denen die Partei gegenüberstehe, wie die wirtschaftliche Krise und die Unterdrückung der Arbeiterbewegung durch die Regierung. Die Versammlung beschloss, die Arbeit der Partei für das nächste Jahr zu intensivieren und die Zusammenarbeit mit anderen Arbeiterorganisationen zu fördern.

Matthias-Kino
Matthiasstr. 38
Nikolastr. 9.
Die Geheimnisse von Berlin
N Die dunkle Großstadt
W Der Weltstadt Glanz und Licht.
3. und 4. Teil.

Schauspiel
50 Mk.
M. Ledebur
Singsang 3.
Frieda Hübner
Olestrasse 14. G.
Anzeige
Karl Landberg
Breslau, F.
Gellertstr. 21.

Produktionsgenossenschaft für die Provinz
Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. • Abteilung Buchhandlung.
Wohnungstausch!
Parkstr. 10.
2-Zimmerige Wohnung, 1-Zimmerige Wohnung
gegen monatliche Miete zu tauschen gesucht. Näheres unter Nr. 10, Parkstr. 10, Breslau.

Die Einheitsfront im Kampf gegen die Reaktion
kann nur hergestellt werden, wenn die SPD- und USF-Arbeiter die ungeheure Gefahr erkennen, die ihnen von der
Orgesch
und den geheimen Mordorganisationen droht.
Hierüber enthält innerst wichtiges Material
Wider den weissen Mord
von Paul Frélich.
Organisationspreis Mk. 6.—
Zu beziehen durch
Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistraße 49/50.

Staat und Revolution
Von Lenin
Preis 5,00 M.
Die Krise der Sozialdemokratie
(Gemeinschaftsdruck)
Von Rosa Luxemburg
Preis 5,50 M.
Zu beziehen durch die
Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H., Abl. Buchhandlung.